

DIE ZEIT vom 20.10.2005: **Bildung nach Postleitzahl**

Das demokratische Prinzip einer Schule für alle Schichten wird von Eltern unterlaufen. Nun schaffen einige Bundesländer es ganz ab

Von Tanja Busse



In der Dortmunder Nordstadt, einem Multikulti-Viertel, hatte sich das Paar eine Wohnung gekauft, in einem schick renovierten Altbau zwischen Sozialwohnungen. Doch zur Schule, das war von vornherein klar, sollte die Tochter in einem anderen Stadtteil gehen – nicht in eine Klasse, in der nur eine Hand voll Kinder fehlerfrei Deutsch spricht, nicht in eine Schule, auf deren Hof schon mal ein Drogentoter gelegen hat. Deshalb hatten die Eltern ihre begabte Tochter bereits vier Jahre vor der Einschulung in einem Kindergarten Kilometer entfernt angemeldet, dort, wo die Schülerklientel der Mutter besser gefiel.

Legal ist das nicht. Denn in Dortmund wie in den meisten deutschen Gemeinden gilt das Sprengel-Prinzip: Der alte pädagogische Grundsatz schreibt vor, dass sämtliche Schulanfänger die nächstgelegene Schule besuchen müssen. Man will sie vor langen Fahrtzeiten schützen und vermeiden, dass sich Elitegrundschulen bilden.

© Gerhard Glück für DIE ZEIT
das soziale Gleichgewicht einer Schule, suchen sie mit viel Aufwand eine Alternative. Manche melden ihre Zweijährigen gleich in einer Krippe nahe der Wunschgrundschule an. Andere fingieren Umzüge im Jahr der Einschulung, haben eine Adresse als Untermieter bei Freunden oder wählen eine Konfessionsschule – auch ohne religiöse Bindung.

Auch bildungsbewusste Eltern finden diese Regelung richtig – solange ihre Kinder nicht zusammen mit zu vielen Kameraden aus bildungsfernen Schichten oder schlecht integrierten Migrantenfamilien in die Klasse gehen. Kippt

Unter der schwarz-gelben Regierung in Nordrhein-Westfalen sollen bildungsbewusste Eltern es leichter haben. »Wir stoßen uns seit Jahren daran, dass die Grundschule als einzige Schule nicht frei wählbar ist«, sagt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Ingrid Pieper-von Heiden. Freie Wahl für freie Schüler: Mit dieser Idee hatte die FDP im Wahlkampf geworben und sie gegen eine zögernde CDU im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Von 2008 an sollen Eltern selbst aussuchen, auf welche Grundschule ihre Kinder gehen. Das Sprengel-Prinzip macht dem Wettbewerbsprinzip Platz. »Dann können die Schulen ihre Profile noch weiter ausarbeiten«, sagt Pieper-von Heiden. »Gleichzeitig sind die Schulen, die keine guten Resultate bringen, gefordert, mehr zu leisten.«

Noch gilt meist das Motto: »Kurze Beine, kurze Wege«

Mit der Abschaffung der Schulbezirke macht Nordrhein-Westfalen den radikalsten Schritt zur Kundenorientierung. Zwar behandeln einige Bundesländer wie etwa Thüringen oder Teile

Schleswig-Holsteins Elternwünsche großzügiger. In Hamburg haben sich Behörden und Eltern auf einen Kompromiss geeinigt: Dort haben sich jeweils zwei bis fünf Grundschulen zu einem Verbund zusammengeschlossen, aus dem Eltern ihre Lieblingsschule aussuchen können – wenn es freie Plätze gibt.